

Vor der Bundestagswahl appellieren die Arbeitgeberverbände Ruhr/Westfalen: Standort-Debatte auf die Agenda setzen

Erlhöfer: „Grundverständnis für die Bedeutung der Wirtschaft fehlt“

27.7.2021

Falsche Akzente, zu viele persönliche Scharmützel und Diskussionen, die am Kern vorbei gehen. Dies bemängeln die Arbeitgeberverbände Ruhr/Westfalen am derzeitigen Wahlkampf im Vorfeld der Bundestagswahl am 26. September. AGV-Hauptgeschäftsführer Dirk W. Erlhöfer fordert die Politik nun auf, im Bundestagswahlkampf eine intensive Debatte über die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu führen. „Die Gefahr ist groß, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb abgehängt wird. Sowohl China als auch die USA bringen derzeit ehrgeizige Investitionsprogramme auf den Weg. Auch andere Länder um uns herum stärken ihre Wirtschaft, um insbesondere den pandemiebedingten Aufholprozess massiv zu beschleunigen“, sagte Erlhöfer am Dienstag in Bochum.

Pressesprecher:
Alexander Füten
Fon: 0234/5 88 77 - 79
Fax: 0234/5 88 77 - 70
Mail: fueten@agv-bochum.de

Hohe Energiekosten, schleppender digitaler Wandel und mangelnde Investitionen machten den Standort Deutschland zunehmend weniger attraktiv für Unternehmen im In- und Ausland. Allein bei den öffentlichen Investitionen fehlten Jahr für Jahr rund 20 Milliarden Euro. „Das ist Geld, das unserem Land beim Um- und Ausbau der Infrastruktur fehlt“, betonte Erlhöfer.

Die Politik müsse nach der Bundestagswahl dringend die Schlagzahl erhöhen, über die Krisenbewältigung hinaus einen Wachstumskurs einzuschlagen und den Negativtrend der vergangenen Jahre umzukehren. Dazu gehörten Anreize für private Investitionen ebenso wie schnellere öffentliche Investitionen. „Es gilt jetzt anzupacken, damit die Wirtschaft auch künftig Wohlstand, Beschäftigung und

Arbeitgeberverbände
Ruhr/Westfalen

Königsallee 67, 44789 Bochum
Postfach 100130, 44701 Bochum

Fon: 0234 / 5 88 77 - 0
Fax: 0234 / 5 88 77 - 70
Mail: info@agv-bochum.de
www.agv-bochum.de

Bürogemeinschaft:

Wachstum schafft“, erklärte Erhöfer weiter. In Deutschland müsse sich wieder viel mehr die richtige Erkenntnis durchsetzen, dass vor dem Verteilen das Erwirtschaften komme. Das geht nicht mit Wahlprogrammen, die vor allem auf Umverteilung, Regulierung und Verbote setzen. „Da fehlt mir in weiten Teilen der Politik das Grundverständnis für die Bedeutung der Wirtschaft für unser Land“, kritisierte Erhöfer. Er erwarte stattdessen Vorschläge, wie das Land modernisiert und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt werden könne.

Zur Information: Die Arbeitgeberverbände Ruhr/Westfalen mit Sitz in Bochum vertreten rund 430 Mitgliedsunternehmen mit etwa 86.000 Beschäftigten im Mittleren Ruhrgebiet und in Westfalen. Der Bürogemeinschaft aus vier Verbänden gehören u.a. auch die MINT-Stiftung Ruhr/Vest und die arbeitgeber ruhr GmbH an. Weitere Informationen unter www.agv-bochum.de.

Bürogemeinschaft:

